

## 22 FÜR EINE INTERNETPOLITIK, DIE DEM WOHL DES EINZELNEN MENSCHEN DIENT

### **Ausgangslage**

Sowohl unser beruflicher als auch unser privater Alltag sind zu weiten Teilen digitalisiert. Ohne Internet würden Kommunikation, Logistik, Gesundheitsversorgung oder Mobilität, so wie wir sie heute kennen, nicht funktionieren. Das Internet verändert auch die Wirtschaft und damit die Arbeitswelt auf vielfältige Weise. Dank dem Internet werden Volksbewegungen unterstützt, wenn nicht gar ermöglicht. Gleichzeitig wird das Internet von autoritären Staaten zu Überwachungs- und Zensurzwecken eingesetzt. Da das Internet durch die globale Vorherrschaft weniger Firmen wie Google, Facebook oder Microsoft und unabhängig von nationalen Gesetzgebungen dominiert wird, stellt sich die Machtfrage und die Frage, welche Rolle die Politik spielen kann und muss.

### **Das sind unsere Grundsätze**

Der Zugang zu einem leistungsfähigen Internet gehört zu den Grundrechten, vergleichbar mit anderen Service-public-Leistungen wie öffentlicher Verkehr, Wasser oder Post. Wie jede Technologie birgt das Internet Chancen und Risiken. Wir betonen die Chancen, ohne die Risiken zu bagatellisieren. Das Internet kann einen wichtigen Beitrag leisten zur Verwirklichung einer offenen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft, die alle integriert und Wahlfreiheit ermöglicht. Risiken wie Überwachung und Zensur, Aufruf zu Hass in sozialen Medien oder die Verbreitung von Kinderpornographie gilt es frühzeitig zu erkennen und entschieden zu bekämpfen bzw. zu regulieren. Dabei muss der Kompromiss zwischen Sicherheitsbedürfnis und Freiheit von Gesellschaft und Politik sorgfältig ausgehandelt werden. Rechte der «offline Welt» müssen auch in der «online Welt» gelten, insbesondere die Menschenrechte. Das Internet soll zum Vorteil der Gesellschaft genutzt werden und nicht den Interessen einiger Unternehmen dienen. Das setzt voraus, dass das Internet in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive verstanden wird.

### **Das hat die SP erreicht**

Die SP hat 2015 eine breite Debatte zum Thema Internet lanciert. Dabei stellt sie das Internet in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und verknüpft die damit verbundenen Chancen und Risiken mit der sozialen Frage, insbesondere mit der Bildung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen. In verschiedenen Vorstößen fordert sie den sensiblen Umgang mit Daten, einen umfassenden Datenschutz, Transparenz bei Behördendaten und die Verwendung von Open-Source-Software. Bei der Diskussion des Lehrplans 21 hat sie sich dafür ausgesprochen, dass die Software-Kompetenz gefördert und der Umgang mit den neuen Medien integriert ist.

## **Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen**

- Der freie Zugang zu einem leistungsfähigen Internet muss für alle Menschen jederzeit und überall gewährleistet sein. Ein leistungsfähiger Datenstrom liegt im Interesse von Demokratie, Konsumentinnen und Konsumenten, KMU oder Medien.
- Es braucht neue griffige technische und juristische Instrumente, die unsere Persönlichkeitsrechte garantieren und die es ermöglichen, Verletzungen wirkungsvoll zu ahnden. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen die Eigentümerinnen und Eigentümer ihrer eigenen Daten werden.
- Der Schutz der persönlichen Daten muss verstärkt werden, indem das Konzept der datenschutzfreundlichen Voreinstellungen (privacy by default) und des eingebauten Datenschutzes (privacy by design) eingeführt wird.
- Zur informationellen Selbstbestimmung gehört auch das Recht auf Vergessen. Personendaten müssen auf Gesuch einer betroffenen Person hin definitiv gelöscht werden, es sei denn, es bestehe ein legitimer Grund für die Aufbewahrung wie beispielsweise ein begründetes öffentliches Interesse.
- Wir fordern ein offenes und freies Internet für alle zu jeder Zeit und überall. Weder Staat noch Unternehmen dürfen Dienste, Quellen oder Protokolle bevorzugen oder benachteiligen. Die Netzneutralität, also die diskriminierungsfreie Behandlung des gesamten Datenverkehrs, soll gesetzlich verankert werden.
- Der öffentliche Sektor soll flächendeckend Open-Source-Software einsetzen. Dadurch werden Kosten reduziert und die Abhängigkeit von global agierenden Informatikfirmen sinkt.
- Open Government Data, die offene Zugänglichkeit und freie Wiederverwendung von Behördendaten wie Wetter, Verkehr oder Energie, muss ausgebaut werden.
- Projekte zur E-Demokratie, die die Kommunikation zwischen Institutionen, Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen mit Hilfe des Internets fördern, sollen weiterentwickelt werden.
- Der kompetente Umgang mit dem Internet muss allen Kindern so früh als möglich vermittelt werden. Auch beim lebenslangen Lernen spielt das Internet eine zentrale Rolle.
- Die Digitalisierung führt zu Umwälzungen der Arbeitswelt. Alle Menschen sollen die Möglichkeit erhalten, unter menschenwürdigen Bedingungen in den Arbeitsprozess integriert zu werden. Das setzt eine entsprechende Aus- und Weiterbildung voraus. Produktivitätsfortschritte müssen allen zu Gute kommen.
- Das Internet führt zu neuen Geschäftsprozessen und Innovationen. Das beinhaltet Risiken für traditionelle und Chancen für neue Unternehmen und trägt zu einer demokratischen und ökologischen Wirtschaftsweise bei. Mit gezielter Förderpolitik müssen optimale Bedingungen für diesen Wandel geschaffen werden.
- Die Geldinstitute haben es verpasst, innovative Entwicklungen einzuleiten, die auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ausgerichtet sind und zu einem transparenten Finanzmarkt beitragen. Die Chancen des Internets müssen aktiv in die demokratisch legitimierte Finanzpolitik integriert werden.
- Vielfältiger Qualitätsjournalismus, der die «unendlichen» Informationsströme in einen gesellschaftlichen, politischen und historischen Kontext stellt und dabei zunehmend das Internet nutzt, muss direkt und gattungsübergreifend gefördert werden.

- Durch die Digitalisierung ergeben sich neue Nutzungsmöglichkeiten von kulturellen Werken, aber auch zahlreiche Herausforderungen. Die SP wird sich für ein modernes Urheberrecht einsetzen und den Dialog mit den Betroffenen suchen.
- Das «Internet der Dinge» – tragbare Minicomputer, intelligente Kühlschränke oder selbstfahrende Autos – wird unsere Gesellschaft stark verändern. Diese Entwicklung bietet viele Chancen. Risiken wie die totale Überwachung oder der Verlust der Privatsphäre erfordern aber eine wissenschaftliche und politische Begleitung des Prozesses.
- Das kollektive Wissen und die brachliegenden Ressourcen unserer Gesellschaft sollen von allen genutzt werden können. Die Nutzung von Schwarm-Intelligenz, «Sharing-Plattformen», bei denen das Teilen bzw. das gemeinsame Nutzen im Vordergrund stehen und nicht das Haben, sollen weiterentwickelt werden.
- Mit eHealth können Versorgungsqualität und Patientensicherheit verbessert werden. Datenschutz hat höchste Priorität. Krankenkassen oder Pharmakonzerne dürfen keinen unkontrollierten, nicht von den Patientinnen und Patienten bewusst abgeseigneten Zugriff auf Gesundheitsdaten erhalten.
- Kriminelle Aktivitäten im Internet wie illegaler Verkauf von Medikamenten, Betrug oder Kinderpornographie müssen gezielt angegangen werden. Es gilt sorgfältig gesellschaftlich und politisch auszuhandeln, wie das sensible Gleichgewicht zwischen Strafverfolgungs- und Sicherheitsbedürfnis sowie grundlegenden Freiheitsrechten gefunden werden kann.
- Die Vernetzung führt dazu, dass das Internet für terroristische Zwecke missbraucht werden kann. Der Schutz der Infrastruktur hat hohe Priorität und muss auf ziviler Basis und demokratisch legitimiert und kontrolliert erfolgen.
- Aussenpolitische Prioritäten wie Rechtsstaatlichkeit sollen im Internet umgesetzt werden. Die Schweiz kann in der Cybersicherheit eine aktive Rolle spielen und ihre Erfahrungen, was das Zusammenspiel von Sicherheit und Menschenrechten angeht, einbringen.